

## NACHRICHTEN

VIETNAM  
Köhler mahnt Verbesserung der Menschenrechte an

HANOI - Bundespräsident Horst Köhler hat bei seinem Staatsbesuch in Vietnam die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gewürdigt, aber eine Verbesserung der Menschenrechtslage angemahnt. Mit einer „gewissen Sorge“ beobachte Deutschland jüngste Verurteilungen, sagte Köhler nach einem Gespräch mit dem vietnamesischen Präsidenten Nguyen Minh Triet. Hanoi ist die erste Station einer einwöchigen Asienreise, die Köhler auch nach China führen wird. *dpa*

FRANKREICH  
Umfrage: Sarkozy wird bei Parlamentswahl Mehrheit ausbauen

PARIS - Drei Wochen vor den Parlamentswahlen in Frankreich sagen Umfragen dem bürgerlichen Lager des neuen Präsidenten Nicolas Sarkozy eine satte Mehrheit voraus. Damit hätte der Staatschef weitgehend freie Hand für seine Pläne. Er will vor allem durch Veränderungen am Arbeitsmarkt und im Staatsapparat die Wirtschaft der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone ankurbeln. Die bei der Präsidentenwahl Anfang Mai unterlegene Linke dürfte den Umfragen zufolge weiter verlieren. *rtr*

SPANIEN  
Angeklagte im Madrider Terrorprozess beenden Hungerstreik

MADRID - Im Prozess um die Terroranschläge des 11. März 2004 in Madrid haben nach zwölf Tagen auch die letzten acht Angeklagten ihren Hungerstreik beendet. Sie hätten eingesehen, dass sie das Gericht nicht länger unter Druck setzen könnten, teilten deren Anwälte mit. Aus Protest gegen das ihrer Meinung nach ungerechte Verfahren waren insgesamt 14 der 29 Beschuldigten in den Hungerstreik getreten, sechs von ihnen hatten den Protest aber in den vergangenen Tagen aufgegeben. Der Vorsitzende Richter hatte gewarnt, er werde notfalls die Zwangsernährung der Angeklagten anordnen und den Prozess ohne sie fortführen. Die 14 Beschuldigten hatten ihren Hungerstreik damit begründet, sei seien unschuldig, würden aber von Medien und Politikern vorverurteilt. Bei den Anschlägen auf vier Pendlerzüge in Madrid waren 191 Menschen getötet und mehr als 1800 verletzt worden. *dpa*

## Putins Schatten

Besuch in Sankt Petersburg: Russische Opposition glaubt nicht an faire Parlamentswahlen im Herbst

VON INGRID MÜLLER, SANKT PETERSBURG

Vielleicht ist Sankt Petersburg ein gutes Beispiel dafür, wie sehr Russland zerrissen ist, wohin die Reise gehen soll. Die Stadt wirkt wie ein großes Freilichtmuseum – wunderschöne alte Gebäude sind in hellen Pastelltönen renoviert, zig Türme der mit rund fünf Millionen Einwohnern zweitgrößten Metropole Russlands glitzern verführerisch golden in der Sonne, eine Einladung an die Welt. An der Einkaufsmeile, dem Newski Prospekt, sind längst internationale Marken eingezogen. Drinnen residiert oft noch zweifelhafter Charme aus Sowjetzeiten. Es mag eine Kleinigkeit sein, aber vielleicht doch symptomatisch: Viele Fenster sind blind, nicht erst seit gestern nicht geputzt – wollen hier viele lieber nichts sehen? Das „große Haus“ bleibt unübersehbar.

Dort, wo Präsident Putin arbeitete, als er noch beim Geheimdienst KGB war, arbeitet jetzt der FSB – „neuer Name, gleicher Inhalt“, sagen die Stadtführer.

Im Smolny, der Residenz der Stadtregierung, wo einst Lenin seinen Schreibtisch hatte, zieht heute Gouverneurin Valentina Matwienko die Fäden. Die Vertraute Putins setzt auf deutsche Investitionen. Wenn es um Demonstranten geht, redet sie ähnlich wie Putin. „Ich bin gegen Gewalt“, sagte sie Journalisten des Berliner Presse-Clubs. Die Frau mit dem bis auf Schmuck und Brille farblich abgestimmtem Outfit versichert, sie werde alles tun, damit die Parlamentswahlen im Herbst und die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 demokratisch verlaufen. Jeder könne seine Meinung äußern – wenn er die Gesetze achte. Die Demonstranten des Marsches der Unzufriedenen hätten aber Zwischenfälle provoziert, um Aufmerksamkeit zu erhaschen. Auch sie lenkt den Blick nach Deutschland. „Wenn deutsche Polizisten angegriffen werden, würden sie vielleicht auch mit Gewalt reagieren.“ Die Bilder, wie „Antiglobalisten in

## Die Vertraute des Präsidenten setzt auf deutsche Investitionen



Herrische Dame. Die Gouverneurin von St. Petersburg, Valentina Matwienko, sieht ihre Stadt als Tor nach Europa – und macht Demonstranten heftige Vorwürfe. Foto: imago/UPI

Deutschland auseinandergetrieben werden, sehen auch nicht gut aus“.

Ihr widerspricht Michail Kasjanow, Ex-Premier und möglicher Präsidentschaftskandidat des Oppositionsbündnisses „Anderes Russland“, zu dem auch Ex-Schachweltmeister Kasparow gehört. Die Demonstranten hätten „nicht ein Glas zerbrochen“, gegen sie werde ein „illegaler Kampf“ geführt. Der Chef des liberalen Oppositionsbündnisses Jabloko, Grigori Javlinski, macht Matwienko persönlich für die Gewalt verantwortlich. Noch heute liege eine junge Mitstreiterin im Krankenhaus – mit zerschlagenem Gesicht. Beide Politiker haben keine Hoffnung, dass die Wahlen demokratisch sein werden, sie beklagen, dass sie in den Medien kein Gehör finden – und hoffen auf Unterstützung aus Europa, dem Westen.

Kasjanow, smarter Ex-Premier im dunklen Anzug, sieht sein Land am Scheideweg zurück in Sowjetzeiten. Die G8 müssten gegenüber Mitglied Russland wie auch die EU, die undemokratischen Zustände kritisieren und sich für freie Wahlen einsetzen“. In Russland gebe es keinen politischen Wettbewerb: „Das ist die Imitation.“ Er wünscht sich eine Annäherung an die EU, ohne dass Russland dort Mitglied werde.

Auch der gewandte Jabloko-Chef Javlinski setzt auf Europa. „Ich will Russland nach Europa führen“, sagt der Ökonom. Nicht in die EU. Ihm schwebt „etwas Neues“ vor, ein Club, bei dem Russland als vollwertiges Mitglied am Tisch sitze. Sonst werde es spätestens 2040 nur noch zwei Machtblöcke geben, Nordamerika und Südostasien. Gleichzeitig wirft er den Europäern vor, der Mauerfall sei „das Ende der Strategie“ gewesen. Europa sei mitschuldig an der Lage – schließlich hätten Regierungschefs die Zustände immer wieder als Demokratie bezeichnet. Da hätten sich viele Russen gesagt, wenn das Demokratie ist, wollen wir sie nicht. Die Antwort der Leute nach all den Erlebnissen, sagt er, „könnte viel härter sein.“

Die meisten Demokraten hoffen auf Hilfe aus Europa

Die meisten Demokraten hoffen auf Hilfe aus Europa

## Basescu beschimpft Journalistin

BUKAREST - Der erst am Wochenende im Amt bestätigte rumänische Präsident Traian Basescu ist wegen seines rüden Umgangs mit einer Journalistin und rassistischer Äußerungen über die Frau in die Kritik geraten. Journalistenverbände und Menschenrechtler protestierten scharf. Der Nationale Rat zur Bekämpfung von Diskriminierung kündigte am Montag an, er wolle Basescu vorladen. Der Präsident entschuldigte sich daraufhin bei der Journalistin.

Am Samstag, dem Tag des Referendums, hatte die Mitarbeiterin eines privaten Fernsehsenders Basescu mit seiner Frau beim Einkaufen in einem Bukarester Supermarkt mit der Kamera ihres Mobiltelefons gefilmt. Während Basescu die Einkaufstüten in den Kofferraum seines Autos packte, fragte ihn die Reporterin, welches Ergebnis er beim Referendum erwarte. Basescu sagte gereizt: „Hast du denn nichts Besseres zu tun, Vögelchen?“, entriss ihr das Handy und fuhr weg.

Im Auto sagte Basescu kurz danach zu seiner Frau: „Wie aggressiv diese stinkende Zigeunerin doch war!“ Das Handy, dessen Aufnahmeeinrichtung in Betrieb geblieben war, zeichnete diesen Satz auf. Später gaben Basescus Sicherheitsleute der Journalistin ihr Mobiltelefon zurück. Sie hatten es aber versäumt, die Aufnahme zu löschen. Der Sender sendete später den Mitschnitt.

Basescus Sprecher ließ mitteilen, der Präsident entschuldige sich dafür, dass „ein unpassender Ausdruck aus einem privaten Gespräch öffentlich geworden ist“. Die Äußerung stehe nicht für Basescus Einstellung gegenüber der Gemeinschaft der Roma, deren Beitrag zur Demokratie im Land er schätze. Der Vorsitzende des rumänischen Journalistenverbands, Cristian Tudor Popescu, bezeichnete die Formulierung dieser Entschuldigung als ungenügend.

Beim Referendum am Samstag hatten fast drei Viertel der Wähler eine vom Parlament angestrebte Amtsenthebung Basescus abgelehnt. Die Parlamentarier hatten Basescu eine Einmischung in die Regierungspolitik vorgeworfen. *dpa*

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



## Jede Art hängt von der anderen ab.

Zerstören wir eine, gefährden wir viele.

Vogel und Elefant sind nur zwei Glieder in der Artenkette der Natur. Doch etwa 15.000 Tier- und Pflanzenarten weltweit drohen aus dem riesigen Netz des Lebens zu verschwinden. Der Mensch ist Teil dieses Netzes. Wenn wir so weitermachen, zerstören wir nach und nach unsere Lebensgrundlagen. Im Mai 2008 treffen sich 190 Staaten auf der UN-Naturschutzkonferenz in Bonn, um diesen Verlust aufzuhalten. Helfen auch Sie mit, die Vielfalt der Natur zu bewahren. Mehr unter [www.naturallianz.de](http://www.naturallianz.de)



EINE NATUR • EINE WELT • UNSERE ZUKUNFT  
UN-Naturschutzkonferenz Bonn 2008